

I Einführung: Warum „Diversity“ in sozialen und Heilberufen?

1 Zuwanderungsrealität und demographischer Wandel

Anton Rütten & Bernhard Santel

1.1 Zusammenfassung

Nicht nur de facto, sondern auch de jure ist Deutschland heute ein Einwanderungsland. Durch die Einwanderung hat die Bevölkerung in Deutschland nach Herkunft, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, kultureller Prägung und Religionszugehörigkeit unumkehrbar an Vielfalt gewonnen. Heute wird anders als in der Vergangenheit über Einwanderung überwiegend pragmatisch, ideologiefrei und ohne Illusionen diskutiert. Auch angesichts des demographischen Wandels dominiert ein vergleichsweise nüchterner Umgang mit den Realitäten. Auf den Punkt gebracht heißt das: „Wir werden weniger, älter und vielfältiger.“ Laut Mikrozensus haben heute über 15 Millionen Menschen in Deutschland eine Zuwanderungsgeschichte. Entgegen mancher Vermutung ist die aktuelle Zuwanderung aber gering. Der Wanderungssaldo Deutschlands ist ausgeglichen. Skeptisch stimmt, dass sich weniger Menschen einbürgern lassen, als durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes erwartet wurde. Der Nationale Integrationsplan (NIP) zeigt, dass Zuwanderung und Integration zu einem zentralen Thema der Politik geworden sind. Diese Entwicklung stimmt positiv. Gleichwohl sind noch lange nicht alle Bereiche der sozialen, gesundheitlichen und schulischen Versorgung auf die neue Vielfalt der Bevölkerung eingestellt. Theoretisch sind bereits einige Antworten auf die Herausforderung „Diversity“ formuliert worden. Nun gilt es, diese breit zu diskutieren, zu erproben und praktisch umzusetzen.

1.2 Einleitung

Es hat sich bereits vor Jahrzehnten abgezeichnet, aber erst seit wenigen Jahren wird es bewusst wahrgenommen und politisch akzeptiert: Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden. Nicht nur de facto, sondern auch de jure. Dieses Gesetz „ermöglicht und gestaltet Zuwanderung“, so heißt es in § 1 des seit 2005 gültigen Aufenthaltsgesetzes. Die Bundesrepublik duldet also nicht nur passiv Zuwanderung. Sie will sie aktiv ermöglichen und zum Wohle der gesamten Gesellschaft gestalten. Durch die Einwanderung hat die Bevölkerung in Deutschland nach Herkunft, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, kultureller Prägung und Religionszugehörigkeit unumkehrbar an Vielfalt gewonnen. Ausländische Besucher, die nach Deutschland kommen und das Land nicht

kennen, blicken oft verwundert auf die multikulturelle Vielfalt, die sie hier vorfinden.

In der Vergangenheit waren die politischen und gesellschaftlichen Debatten über die Zuwanderung nach Deutschland geprägt von unterschiedlichen Zielen, Wunschvorstellungen und Horrorvisionen. Zunächst überwog in den späten 1950er und 1960er Jahren die Absicht, mit der Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Ausland, überwiegend aus Mittelmeer-Anrainerstaaten, den Arbeitskräftemangel im Wirtschaftswunder zu beheben und gleichzeitig außenpolitisch das Verhältnis zu den Entsendeländern zu verbessern. Dies war der Beginn der sogenannten Anwerbe- und Ausländerpolitik.

Die wirtschafts- und außenpolitischen Politikziele waren verbunden mit der von Anfang an unrealistischen Vorstellung, dass die „Gastarbeiter“ nach getaner Arbeit wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Als dies nach dem Anwerbestopp in den frühen 1970er Jahren nicht wunschgemäß geschah und tatsächlich dann der verstärkt einsetzende Familiennachzug zu mehr Zuwanderung führte, versuchte die Politik ab 1982 diese Entwicklung durch sogenannte Rückkehrprämien umzukehren bzw. zumindest abzubremesen. Nicht wenige ausländische Arbeitskräfte nutzten das Angebot und kehrten zurück.

In den späten 80er und frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts nahm die Zuwanderung dann massiv zu. Die Öffentlichkeit blickte erschreckt auf die Wanderungsstatistiken mit ihren immer neuen Höchstständen. Die politischen Umbrüche in Osteuropa, das Ende des real existierenden Sozialismus und die politischen und militärischen Konflikte in der Dritten Welt erwiesen sich als Katalysatoren innereuropäischer und transkontinentaler Migration. Die Übersiedlung aus der DDR, die Spätaussiedlung aus der Sowjetunion, Rumänien und Polen sowie die rasant steigenden Zahlen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Afrika und Asien führten zu politischen Auseinandersetzungen, die von vielen Beteiligten eher erhitzt und ideologisch als pragmatisch geführt wurden. Das Diktum vom vermeintlich „vollen Boot“ bezeichnet am besten die von Ängsten und Hilflosigkeit geprägte Stimmung. Traurige Höhepunkte dieser Zeit waren die rassistischen Attacken auf Zuwanderinnen und Zuwanderer in Solingen, Hoyerswerda, Rostock und vielen anderen Städten. Erstmals wurde aber auch, wenn auch noch unklar und voller Widersprüche, von der Notwendigkeit einer systematischen Migrationspolitik gesprochen.

Diese Zeiten liegen hinter uns. Inhalt und Stil der Debatte haben sich verändert. Im Jahr 2010 wird über Einwanderung überwiegend pragmatisch, ideologiefrei und ohne Illusionen diskutiert. Auch angesichts des demographischen Wandels dominiert ein vergleichsweise nüchterner Umgang mit den Realitäten. Auf den Punkt gebracht heißt das: „Wir werden weniger, älter und vielfältiger.“

Diese Wirklichkeit wird zwar noch nicht von allen Menschen als selbstverständlich und unproblematisch empfunden. Gleichwohl hat sich über alle Unterschiede im demokratischen Parteienspektrum hinweg die Einsicht durchge-

setzt, dass der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Wenn früher von Ausländerpolitik die Rede war, nimmt heute die Integrationspolitik eine zentrale Stellung in gesellschaftspolitischen Debatten ein. Mit diesem Wandel der Perspektiven auf Einwanderung geht die Einsicht einher, dass Integration nur gelingen kann, wenn die Eingewanderten erfolgreich Anpassungsleistungen in Bildung, Arbeitswelt und Alltagsleben entwickeln, und wenn Staat und Gesellschaft ebenso erfolgreich Anpassungsleistungen an die geänderte Bevölkerungssituation erbringen. Beides muss zusammenkommen, die Bereitschaft des Einwanderers, sich zu integrieren, und die Bereitschaft von Staat und Gesellschaft, den Integrationsprozess zu unterstützen.

„Interkulturelle Öffnung“, „interkulturelle Sensibilisierung“, „Diversity-Management“ – hinter diesen Bezeichnungen stehen Konzepte, die Lösungen dafür anbieten, wie sich staatliche und gesellschaftliche Akteure bzw. Institutionen auf die neue Vielfalt einstellen können. Längst sind sie nicht mehr nur Themen kleiner Fachkreise, sondern haben Eingang gefunden in staatliche Handlungskonzepte wie den „Nationalen Integrationsplan“ (NIP; Die Bundesregierung 2007) auf Bundesebene oder den „Aktionsplan Integration“ der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (MGFFI 2010).

Im Folgenden sollen einige Entwicklungslinien der Bevölkerungszusammensetzung näher beleuchtet werden. Dabei wird im Wesentlichen auf statistisches Material für das Land Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen. Die hier zu beschreibenden Entwicklungen allerdings sind nicht landesspezifisch, sondern durchaus repräsentativ für die Bundesrepublik Deutschland als Gesamtheit.¹

1.3 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte prägen zunehmend die Gesellschaft

Bis vor wenigen Jahren war es üblich, die Folgen der Einwanderung auf die Bevölkerungszusammensetzung alleine mit den Indikatoren „Zahl der Ausländer“ und „Anteil der Ausländer an der Bevölkerung“ darzustellen. Die Unterscheidung entlang der Staatsangehörigkeit in Deutsche und Ausländer ist trennscharf und hat ihre Berechtigung, etwa bei der Erfassung der grenzüberschreitenden Wanderungen. Sie sagt aber immer weniger über die sozialen Folgen von Migration aus, da sich in beiden Gruppen sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationserfahrung befinden. Dies führte zu zahlreichen Unzulänglichkeiten in der Darstellung. So wurden die einwandernden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit lediglich bei ihrer Einreise gezählt, danach war ihr Anteil an der Bevölkerung nicht mehr

1 Die Entwicklung der Einwanderung nach Deutschland war bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in den beiden ehemaligen Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Dies wirkt sich bis heute auf Unterschiede der Bevölkerungszusammensetzung zwischen den östlichen und den übrigen Bundesländern aus.

exakt zu messen, da sie in der großen Zahl der Deutschen aufgingen. Dies entspricht zwar dem Rechtsstatus dieser Menschen, aber die Einwanderungsrealität dieser großen Gruppe wie ihr aus der Einwanderung erwachsender Integrationsbedarf ließen sich statistisch so nicht ausweisen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Gruppe der Eingebürgerten, die mit dem Akt der Einbürgerung von der Kategorie „Ausländer“ in die Kategorie „Deutsche“ wechselten. Auch das ist im Hinblick auf den Rechtsstatus korrekt. Ausgeblendet aber wurde dabei der Prozesscharakter der Integration. Denn diejenigen, deren Integration erfolgreich zur Einbürgerung geführt hat, tauchten statistisch nicht mehr in der Gruppe derjenigen auf, die als Synonym der Eingewanderten begriffen wurden – der Ausländer. Integrationserfolge wurden so verdeckt und statistisch unsichtbar. Die Gleichsetzung von „Ausländern“ mit „Eingewanderten“ führte zu verzerrten Aussagen, da die tendenziell besser ausgebildeten und qualifizierter beschäftigten Eingebürgerten nicht in der Ausländerstatistik enthalten waren.

1.4 Auch viele Deutsche haben eine Zuwanderungsgeschichte

Die notwendige statistische Differenzierung wurde ab 2006 möglich, als in Nordrhein-Westfalen erstmals auf der Grundlage des Mikrozensus nicht nur die Staatsangehörigkeit erfasst wurde, sondern auch das Geburtsland und das Geburtsland der Eltern. Dadurch ist es möglich, ein sehr viel differenzierteres Bild der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu zeichnen. Der Mikrozensus ist eine seit 1957 jährlich durchgeführte repräsentative Mehrzweckstichprobe von 1 % der Haushalte. Bundesweit werden ca. 800 000, in Nordrhein-Westfalen knapp 180 000 Personen befragt. Zum Vergleich: Umfragen zur Wahlabsicht (Sonntagsfrage) arbeiten zumeist mit knapp 1 000 Befragten. Die Teilnahme am Mikrozensus ist verpflichtend. Aufgrund der Auskunftspflicht ist der Anteil der bekannten Ausfälle an den zu befragenden Haushalten mit rund 5 % (Mikrozensus 2006) gering. Das Ergebnis dieser neuen statistischen Perspektive zeigt **Tabelle 1**:

Tab. 1: Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 2008 nach Zuwanderungsstatus (Quelle: LDS NRW; Ergebnisse des Mikrozensus)

Zuwanderungsstatus	Bevölkerung in 1 000
Bevölkerung insgesamt	17 971
Deutsch	16 062
ohne Zuwanderungsgeschichte	13 809
eingebürgerte ehemalige AusländerInnen	619
nicht-deutsch	1 909

Zuwanderungsstatus	Bevölkerung in 1 000
ausländische Bevölkerung und eingebürgerte ehemalige AusländerInnen zusammen	2 528
türkische Bevölkerung und eingebürgerte ehemalige Türkinnen und Türken zusammen	779
türkische Bevölkerung (ohne deutsche Staatsangehörigkeit)	607
eingebürgerte ehemalige Türkinnen und Türken	172
Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte	4 162
unter 25 Jahren	1 578
in Deutschland geboren	15 256
im Ausland geboren	2 715

Laut Mikrozensus lebten 2008 knapp 1,9 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen (MFFI, 2008). Mit 4,2 Millionen war die Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mehr als doppelt so groß. Anders formuliert: Ausländerinnen und Ausländer stellen nur die Hälfte der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte, die andere Hälfte sind Deutsche. Für mehr als jeden fünften Einwohner Nordrhein-Westfalens ist Migration Teil der eigenen oder familiären Identität. Damit wird klar: Zuwanderung und Integration sind keine Randthemen, sie berühren die Mitte unserer Bevölkerung und Gesellschaft.

Der Mikrozensus gibt erstmals – über die existierende Fallstatistik hinaus – Auskunft über die eingebürgerten Menschen, die tatsächlich in Nordrhein-Westfalen ansässig sind. Insgesamt lebten 2008 619 000 Personen in Nordrhein-Westfalen, die durch Einbürgerung deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geworden sind. Die mit Abstand größte ausländische Zuwanderergruppe stellen mit 607 000 die Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Besonders hoch ist mit 172 000 auch die Zahl der türkeistämmigen Menschen, die durch Einbürgerung deutsche Staatsbürger wurden. Fast 780 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen sind entweder Türkinnen und Türken oder eingebürgerte ehemalige Türken. Interessant ist auch ein Blick auf diejenigen, die außerhalb der Grenzen Deutschlands geboren wurden und dann nach Nordrhein-Westfalen zugewandert sind, die also über eine eigene individuelle Wanderungsbiographie verfügen.² Mehr als 2,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (15,1 %), knapp jeder siebte, ist im Ausland geboren (Ausländer, Aussiedler etc.) und gehört zur ersten Einwanderergeneration. Das sind mehr als im klassischen Einwanderungsland USA: Dort waren 2007 12,6 % aller Einwohnerinnen und Einwohner außerhalb der Grenzen des Landes geboren.

2 Die Unterscheidung „im Ausland geboren“ bzw. „im Inland geboren“ ist Grundlage der Zuwanderungsstatistiken in den klassischen Einwanderungsländern.

1.5 Tatsächliche und „gefühlte“ Zuwanderung fallen auseinander

Der Mikrozensus zeigt uns, wie viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land leben. Ebenso interessant ist die Frage, wie viele jedes Jahr zuwandern oder Deutschland wieder verlassen. Es gibt bei vielen Menschen den Eindruck, Deutschland sei auch gegenwärtig durch eine starke Zuwanderung geprägt. Das Gegenteil ist richtig: Im Jahr 2008 gab es in Deutschland nicht nur mehr Sterbefälle als Geburten. Es gab auch mehr Auswanderer als Einwanderer. Das Ergebnis ist eine schrumpfende Bevölkerung. Im Jahr 2008 sind 682 000 Personen nach Deutschland zugewandert und 738 000 abgewandert. Das ist ein Wanderungsverlust von 56 000. Besonders auffällig ist, dass viel mehr Deutsche ins Ausland zogen als aus dem Ausland zuwanderten: 174 800 Deutsche wanderten 2008 ab, nur 108 300 wanderten zu. In diesen Zahlen drückt sich auch der starke Rückgang bei der Aussiedlerzuwanderung in den vergangenen Jahren aus. Dass von Zuwanderungswellen heute keine Rede mehr sein kann, zeigt der Vergleich mit den 1990er Jahren: 1992, auf dem Höhepunkt der Zuwanderung von Aussiedlern und Asylbewerbern, kamen 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland. Damals gab es einen Wanderungsgewinn von 782 000, also wesentlich mehr als heute.

1.6 Ist Einbürgerung ausreichend attraktiv?

In den klassischen Einwanderungsländern folgt auf die Einwanderung innerhalb weniger Jahre die Einbürgerung. Das war in Deutschland lange Zeit anders. Obwohl klar war, dass die ausländischen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit ihren Familien in Deutschland bleiben würden, wurden von den 1950er bis 1990er Jahren nur wenige Menschen eingebürgert. Das führte dazu, dass die Gruppen der „Wohnbevölkerung“ auf der einen und des „Staatsvolks“ auf der anderen Seite immer weiter auseinanderdrifteten. Ein solcher Zustand ist unbefriedigend. Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, müssen mittelfristig auch die Möglichkeit erhalten, an diesen Entscheidungen zu partizipieren. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 01.01.2000 wurde Neuland betreten. Die wichtigste Änderung bestand darin, dass erstmals die Kinder der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer – sofern gewisse Mindestanforderungen erfüllt werden – mit ihrer Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Nicht mehr nur die Abstammung von deutschen Eltern, sondern die Geburt in Deutschland entscheiden darüber, welche Staatsangehörigkeit die Kinder haben. Die Reform hat dazu geführt, dass heute nur noch vergleichsweise wenige ausländische Kinder in Deutschland geboren werden.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes war ein Einschnitt in der Geschichte der deutschen Ausländer- und Integrationspolitik. Das neue Recht konnte aber nicht alle darin gesetzte Erwartungen erfüllen. Im Gegenteil: Die jährlichen Einbürgerungen gehen seit 2000 zurück. Nur noch 94 470 Auslän-

der wurden 2008 Deutsche, 18 600 weniger als 2007 und sogar 92 200 weniger als im Jahr 2000. Von 2000 bis 2008 hat sich die Zahl der jährlichen Einbürgerungen halbiert. Nicht zu übersehen ist, dass ein großer Teil der Ausländerinnen und Ausländer zwar die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, jedoch keinen Antrag stellt.

Ein Grund, warum viele Ausländerinnen und Ausländer sich nicht einbürgern lassen, ist der vom Gesetz verlangte Verzicht auf die alte Staatsangehörigkeit. Bei der Mehrheit der Eingebürgerten wird aber inzwischen Mehrstaatigkeit hingenommen. Im Jahr 2008 wurden 52,9 % aller Einbürgerungen unter Fortbestehen der bisherigen Staatsangehörigkeit vollzogen (2005: 47,2 %; 2006: 51,0 %; 2007: 52,4 %). Das ist Ausdruck eines pragmatischen staatlichen Handelns in der Einbürgerungsfrage und eine Absage an den Leitsatz, dass doppelte Staatsbürgerschaften grundsätzlich vermieden werden sollten.

Die neue Diversität der Bevölkerung drückt sich auch in einer Vielfalt der Religionen aus. Besonders deutlich wird dies daran, dass der Islam bzw. Muslime ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft sind. Die im Jahre 2009 veröffentlichte Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergab, dass in Deutschland zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime leben und dass diese Gruppe in sich nach Herkunft, Muttersprache, Rechtsstatus, Glaubensrichtung und Glaubensintensität sehr heterogen zusammengesetzt ist.

Aber nicht nur die Zahl der Muslime ist in Deutschland stetig gewachsen. Die gezielte Einwanderung von Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und die Einwanderung Angehöriger weiterer Religionen aus Afrika und Asien haben Auswirkungen sowohl auf das gesellschaftliche Miteinander der Menschen als auch auf die Anforderungen an die staatliche Daseinsvorsorge.

1.7 Fazit

Einwanderung hat Deutschland und seine Bevölkerung unumkehrbar verändert. Erst nach langem Zögern haben sich Staat und Gesellschaft dazu durchgerungen, diese Realität zu akzeptieren und zu gestalten. Wir sind heute in der Integrationspolitik sehr viel weiter, als es die meisten Beobachter in den 1970er und 1980er Jahren vorhergesagt haben. Die ideologischen Gräben, die die einwanderungspolitische Diskussion lange geprägt haben, sind zugeschüttet worden. Diese Entwicklung stimmt positiv. Gleichwohl sind noch lange nicht alle Bereiche der sozialen, gesundheitlichen und schulischen Versorgung auf die neue Vielfalt der Bevölkerung eingestellt. Theoretisch sind bereits einige Antworten auf die Herausforderung „Diversity“ formuliert worden. Nun gilt es, diese breit zu diskutieren, zu erproben und praktisch umzusetzen.

Fragen zu Kapitel I/1

1. Mit welchem Kernsatz lässt sich der demographische Wandel beschreiben? Benennen Sie diesen und erklären Sie, was gemeint ist.
2. Welche Entwicklungen lassen sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Integrations- und Migrationspolitik beobachten?
3. Was meint „Zuwanderungsrealität“?

Literatur

- Die Bundesregierung (2007). *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege, neue Chancen*. Berlin.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) Nordrhein-Westfalen (2008). *Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung*. Düsseldorf.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) Nordrhein-Westfalen (2010). *Land der neuen Integrationschancen. Umsetzungsbericht zum Aktionsplan Integration Juni 2006 bis März 2010*. Düsseldorf.